

A N T R A G

der Fraktion der CDU

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Landeshaushaltsgesetz 2021,
Drs. 17/ 12300

Für einen ressourceneffizienten Hochschulbetrieb – Nachhaltigkeitsmanagement an Hochschulen institutionalisieren

Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Der Klimawandel ist ein Thema, welches in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der gesellschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit gerückt ist. Wenn wir die Natur und somit unsere eigenen Lebensgrundlagen nicht unwiederbringlich zerstören wollen, wird uns die Bekämpfung der Folgen der Erderwärmung sowie die Einsparung von schädlichen Emissionen und bewusstere Nutzung von Ressourcen weiterhin beschäftigen müssen.

Im Bereich der Hochschulen des Landes besteht diesbezüglich noch Handlungsbedarf: Sie sind Großbetriebe mit zum Teil mehreren Tausend Studierenden, deren Nachhaltigkeitsmanagement verbessert werden kann und muss. Mitglieder und Angehörige der Hochschulen haben die Herausforderung erkannt und für Unterstützung bei ihren Anstrengungen für einen nachhaltigeren Hochschulbetrieb geworben.

Die Landesregierung hat zwar eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet und sich die Klimaneutralität ihrer eigenen Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 zum Ziel gesetzt. Allerdings wird dieses Ziel nicht mit der letzten Konsequenz verfolgt. Denn mit dem jüngst verabschiedeten neuen Hochschulgesetz wurde die Chance verpasst, den Vorschlag der CDU-Fraktion aufzunehmen und die Grundlagen für einen nachhaltigen Hochschulbetrieb zu legen.

Für das Ministerium und alle regierungstragende Fraktionen erschien es ausreichend, die Möglichkeit für nachhaltige Initiativen einzuräumen.

Einerseits fehlt bei den bloßen Bekenntnissen zur nachhaltigen Entwicklung der Hochschulen die Verbindlichkeit und somit die Aussicht auf erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement, da keine institutionelle Verankerung erfolgt.

Andererseits reicht es nicht aus, den Hochschulen lediglich diese zusätzliche Aufgabe aufzuerlegen, ohne ihnen dafür zusätzliche Unterstützung zukommen zu lassen. Zu der seit Jahren von uns kritisierten Unterfinanzierung der Hochschulen sind schon zahlreiche zusätzliche Aufgaben für die Hochschulen hinzugekommen, aber nicht angemessen gegenfinanziert worden.

Es ist erfreulich, dass bereits viele studentische Initiativen Nachhaltigkeit im Hochschulbetrieb thematisieren. Jedoch fehlt es solchen Projekten wie Nachhaltigkeitsbüros („Green Office“) oft an Durchschlagskraft aufgrund unsicherer Finanzierungslagen und naturgemäß hoher Fluktuation bei den beteiligten Personen. Außerdem benötigen Fragen der Material- und Energienutzung, Ressourceneffizienz, Abfallvermeidung und die Bilanzierung der eigenen Emissionen fachliche Expertise, die von engagierten Laien nicht erwartet werden kann und darf.

Um die Hochschulen als Ganzes effektiv und dauerhaft umweltfreundlicher zu gestalten, muss der Nachhaltigkeitsgedanke institutionalisiert werden: Es braucht eine zentrale Koordinationsstruktur, die an das Präsidium angegliedert, in alle organisatorischen Bereiche der Verwaltung hineinwirken kann. Die zentrale Koordinationsstruktur kann damit beauftragt werden, eine individuelle Nachhaltigkeitsstrategie zu erstellen, eine Zielvereinbarung mit dem Land zu treffen und diese umzusetzen. Gleichzeitig kann sie bereits bestehende Initiativen bündeln und entsprechend als Anlaufstelle fungieren.

Hochschulen, welche die oben genannten Aufgaben bereits angemessen wahrnehmen und keiner zusätzlichen personellen Ressourcen bedürfen, sollen die Landesmittel in gleicher Höhe zur sachgemäßen Verwendung erhalten, die in einer Zielvereinbarung definiert werden kann. Dies garantiert den Campus mit jeweils sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Gegebenheiten genug Handlungsspielraum in der konkreten Umsetzung.

Wir verweisen hierbei auf den entsprechenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Deshalb fordert der Landtag Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf,

1. Ihren selbst gesetzten Zielen in der Nachhaltigkeitsstrategie gerecht zu werden und die Hochschulen als Landesbetriebe auf dem Weg in Richtung Nachhaltigkeit zu begleiten.
2. Sich dabei nicht nur auf das freiwillige Engagement Einzelner zu verlassen und das Nachhaltigkeitsmanagement an den Hochschulen zu institutionalisieren, damit es Wirkung entfalten kann.

Für die Fraktion:

Martin Brandl, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
CDU-Landtagsfraktion